

Einwanderungsland Deutschland: Großstädte als Orte der Integration gefragt

Körner-Blätgen, Nadine; Sturm, Gabriele

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Körner-Blätgen, N., & Sturm, G. (2015). Einwanderungsland Deutschland: Großstädte als Orte der Integration gefragt. *Stadtforschung und Statistik : Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker*, 28(1), 61-64. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60111-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Einwanderungsland Deutschland: Großstädte als Orte der Integration gefragt

Seit 2010 nimmt die Zuwanderung nach Deutschland aufgrund der ökonomischen Diskrepanzen auch zwischen den europäischen Staaten stetig zu. So lag 2013 die Zahl der Zuzüge erstmals seit 20 Jahren wieder deutlich über der Zahl der Fortzüge: Deutschland zählte Ende des Jahres etwa 430.000 Menschen mehr als zu Anfang. Dies stellt vor allem die Großstädte, die wesentlich als „Integrationsdrehscheibe“ fungieren, vor immer neue Herausforderungen.

Aktuelle Diskussionszusammenhänge

Vor einem Jahr noch wurden verbreitet Vor- und Nachteile einer Zuwanderung aus den osteuropäischen EU-Staaten thematisiert – insbesondere im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit für die Bevölkerung der Staaten, die 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern) und 2007 (Bulgarien, Rumänien) neu in die EU aufgenommen worden waren. Aktuell wird die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen immer lauter problematisiert und in einigen Städten finden sich montags Demonstrierende mit ihrer Angst vor Fremdheit unter dem Slogan „Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ zusammen. Welche konkreten Befunde derartigen Befürchtungen, Diskussionen oder politischen Aktionen zu Grunde liegen, wurde mit einem Gesamtblick auf Deutschland am 21. Januar 2015 als Migrationsbericht der Bundesregierung vorgelegt (BAMF 2015).


Die meisten Ausländer leben in Großstädten

Hier wollen wir nun ergänzend Statistiken aus deutschen Großstädten vorstellen. Derzeit gibt es 76 Großstädte mit jeweils mehr als 100.000 Einwohnern, in denen zusammen 31 % der Bevölkerung Deutschlands leben. Von diesen haben sich 48 Städte mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zu einem Kooperationsprojekt mit dem Namen „Innerstädtische Raumb Beobachtung“ (IRB) zusammengeschlossen. Für das Projekt werden jährlich untergemeindliche Daten in einem Katalog abgelegt, mit denen kleinräumig vergleichende Stadtbeobachtung ermöglicht wird. In den IRB-Städten leben 21,3 Millionen Menschen, die 85 % der Großstadtbevölkerung Deutschlands repräsentieren.

Der Ausländeranteil in diesen IRB-Städten ist sehr unterschiedlich. Er lag laut Einwohnermelderegister zum 31.12.2013 zwischen 34,0 % in Offenbach am Main und 3,9 % in Rostock und Chemnitz (siehe Abbildung 1). Im Durchschnitt haben 15,2 % der Bevölkerung in IRB-Städten keine deutsche Staatsbürgerschaft – in westdeutschen Großstädten ein deutlich höherer Anteil als in ostdeutschen. Diese Ungleichverteilung ist historisch durch unterschiedliche Einwanderungspolitiken entstanden und wird sich kurzfristig nicht wesentlich ändern.

Nadine Körner-Blätgen

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

 nadine.koerner@bbr.bund.de

Dr. Gabriele Sturm

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

 gabriele.sturm@bbr.bund.de

Schlüsselwörter:

Einwanderung – Migranten – Integration – Großstädte – Innerstädtische Raumb Beobachtung

Mit der regionaltypischen Migrationsgeschichte der Städte gehen entsprechend unterschiedliche Erfahrungen der jeweiligen Stadtbevölkerung mit Fremden einher.

Die meisten Migrantinnen und Migranten stammen aus europäischen Staaten

Zum 31.12.2013 lebten in den IRB-Städten laut Melderegister 3,2 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Im Durchschnitt über alle Städte betrachtet, hatte die vergleichsweise größte Gruppe einen türkischen Pass: nämlich knapp 585 Tausend oder 18,8 % aller Ausländer. Aus den 14 alten EU-Staaten stammten 691 Tausend oder 22,2 %, aus den zehn EU2004-Beitrittsstaaten 330 Tausend oder 11 %, aus den zwei EU2007-Beitrittsstaaten 265 Tausend oder 8,5 %, aus den nicht zur EU gehörenden europäischen Staaten 476 Tausend oder 15,3 %. Zum Vergleich gibt der Migrationsbericht der

Bundesregierung 2013 für die gesamte Bundesrepublik an, dass von den 7,6 Millionen laut Ausländerzentralregister in Deutschland lebenden Ausländern 23,3 % aus einem der 14 alten und 20,7 % aus einem der 13 neuen EU-Staaten stammten. Weitere 20,3 % hatten ausschließlich einen türkischen Pass (BAMF 2013, S. 207).

Migrantinnen und Migranten wandern gleichmäßig verteilt weder in die Bundesländer noch in Großstädte zu. So gibt es nicht nur unterschiedliche Ausländeranteile, sondern auch eine je ortstypische Mischung bezüglich der Herkunftsnationen. So fällt unter anderem auf, dass in ostdeutschen Großstädten unter der Bevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft der relative Anteil der aus asiatischen Staaten stammenden deutlich höher ist als in Westdeutschland. Damit schreibt sich die DDR-Politik bezüglich der Herkunftsländer der dort angeworbenen Vertragsarbeiter bis heute in der Bevölkerungsstruktur fort.

Die Nationalitätenmischung ändert sich

Infolge sich historisch ändernder Beweggründe für grenzüberschreitende Migration ändert sich mit den Jahren auch die Zusammensetzung der in deutschen Städten lebenden Ausländer nach ihrer Staatsbürgerschaft. Abbildung 3 macht deutlich, dass sich die mit dem EU-Beitritt verbundene Personenfreizügigkeit seit 2010 in leicht steigenden Anteilen von EU-Ausländern in deutschen Großstädten zeigt. Hingegen nimmt der Anteil von Türkinnen und Türken ohne deutsche Staatsbürgerschaft seit Jahren stetig ab.

Abbildung 1: Ausländeranteile in 48 Großstädten der IRB gruppiert nach regionaler Lage 2013

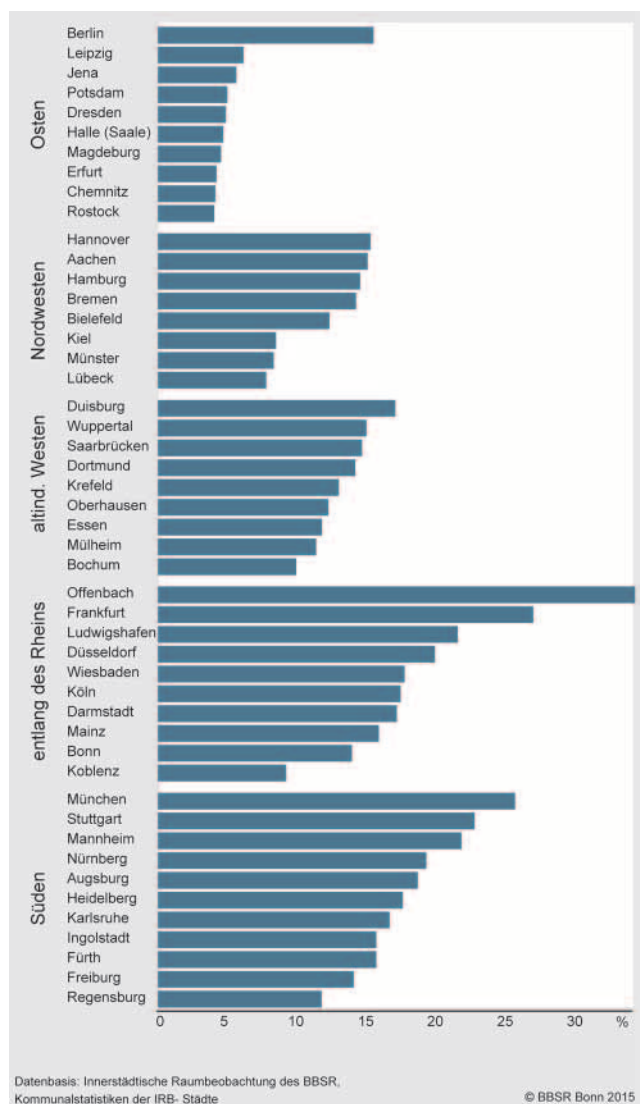


Abbildung 3: Bevölkerung nach gruppierten Staatsbürgerschaften in IRB-Städten 2006-2013

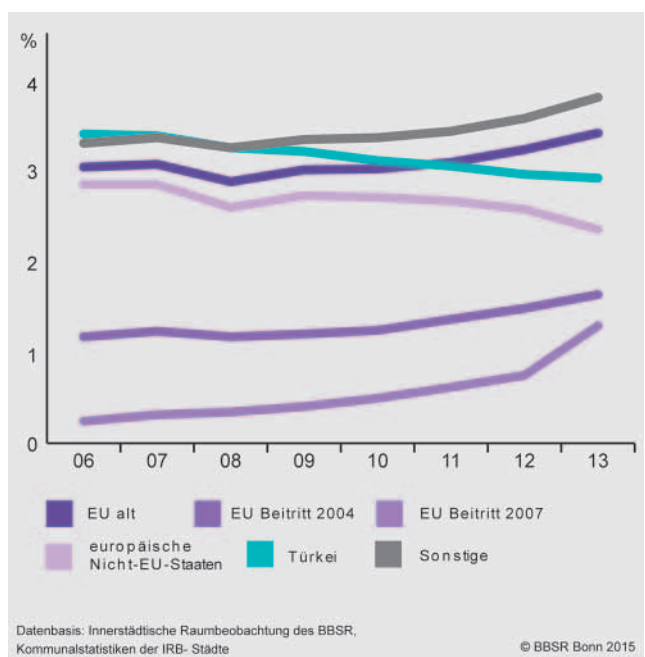
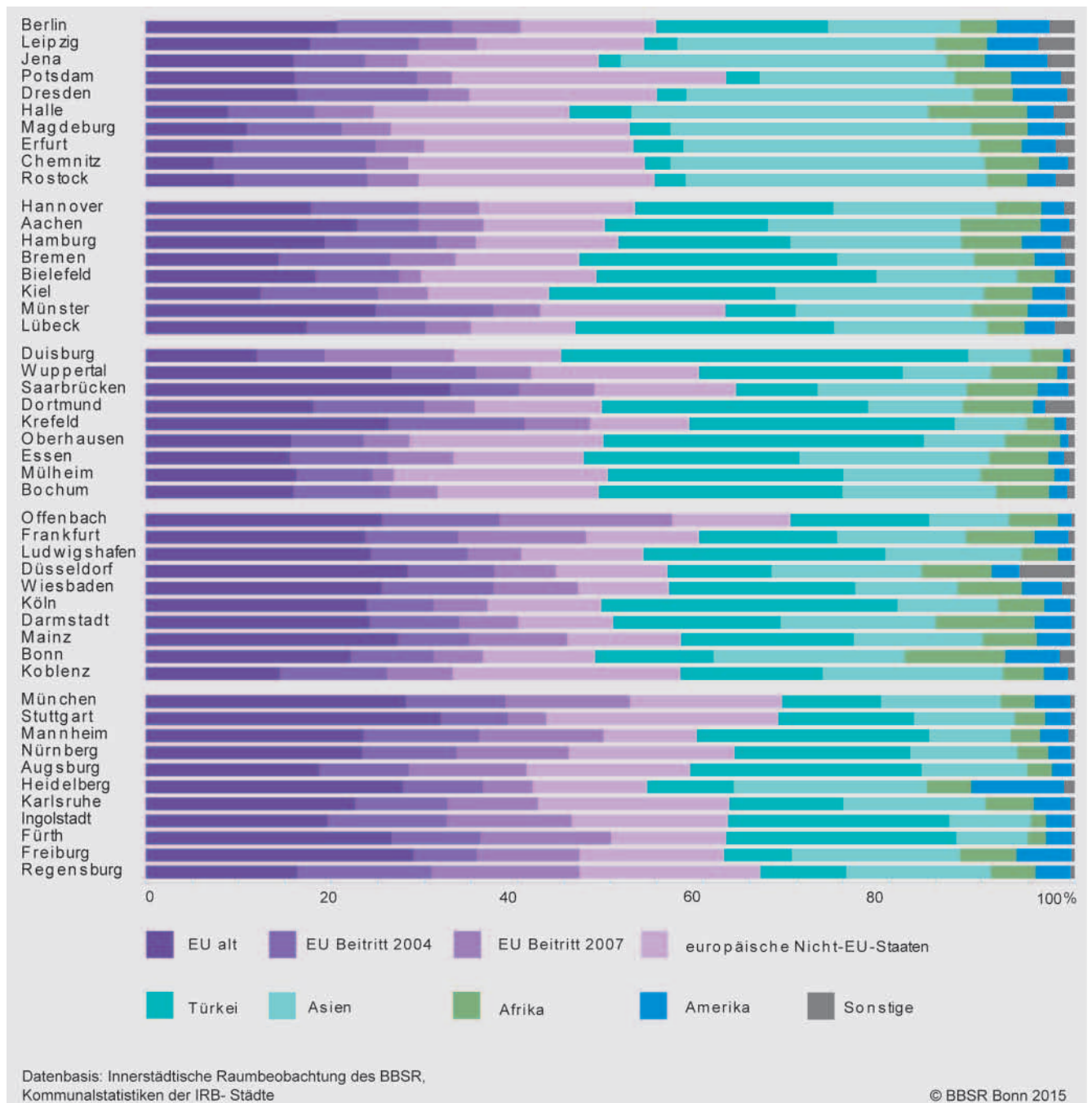


Abbildung 2: Anteile der in Gruppen zusammengefassten Nationalitäten der in 48 IRB-Großstädten lebenden Ausländer 2013 (Städte in derselben Reihenfolge wie in Abb. 1)



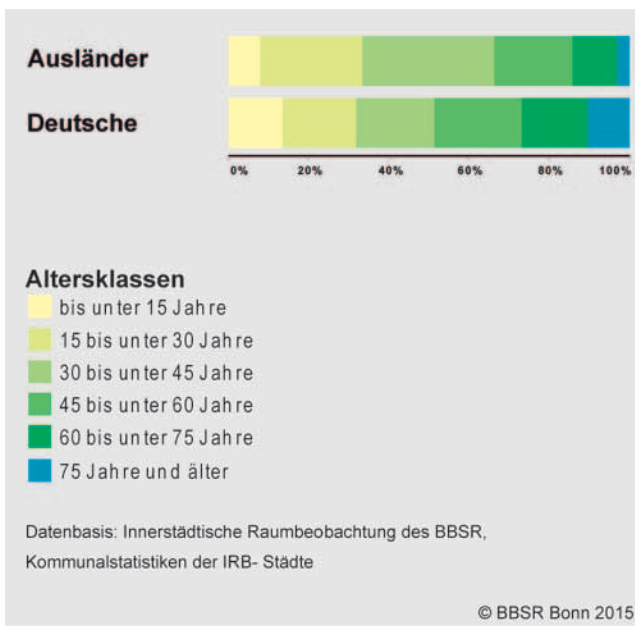
In Deutschland wirkt Einwanderung der Alterung entgegen

Die absolute Mehrheit der zuwandernden wie der in Deutschland lebenden Ausländer ist im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren: Im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei 65 % – unter den Ausländern sind es 83 %. In den IRB-Großstädten sind die relativ meisten Ausländer, nämlich 33 %, zwischen 30 und 45 Jahren alt. Unter der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit sind es hingegen nur 19,5 %. In der Altersgruppe der 15- bis unter 30-Jährigen ist

zudem zu bedenken, dass ein Großteil der gut 300 Tausend im Wintersemester 2013/14 in Deutschland studierenden Ausländer zu diesen zählt, denn die Mehrheit der Hochschulen befindet sich in Großstädten.

Vor allem Wirtschaftsfachleute betonen deshalb, dass Deutschland ohne Zuwanderung die derzeit gewohnte ökonomische Stärke nicht aufrechterhalten könne. Bereits heute wäre unter anderem das Gesundheitssystem ohne die aus dem Ausland zugewanderten Fachkräfte, sowohl im Bereich der medizinischen Versorgung als auch in der Pflege, nicht mehr den Erfordernissen einer alternden Gesellschaft entsprechend leistungsfähig.

Abbildung 4: Altersgruppenverteilung der IRB-Bevölkerung mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft 2013



Was zu bedenken ist

Trotz der positiven Effekte auf die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland bringt die aktuelle Zuwanderung Probleme für die aufnehmenden Kommunen. Zum einen haben gerade attraktive Großstädte mit engem Wohnungsmarkt Probleme mit der Unterbringung von Flüchtlingen, die zudem meist mehr als ein Dach über dem Kopf brauchen. Zum anderen klagen einige Städte über sehr selektive Zuwanderung: Insbesondere der zunehmende Anteil von Zuwandernden ohne Berufsabschluss scheint sich nicht nur in wenigen Städten, sondern sogar in bestimmten Stadtteilen zu konzentrieren. Es ist eine zunehmende Aufspreizung der Qualifikationsniveaus der Zuwandernden zu beobachten. Das eine wie das andere Problem bedarf finanzieller wie personeller Ressourcen, die in den betroffenen Kommunen häufig nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Eine wünschenswerte Integration in die Gesellschaft ist durch Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zu fördern. Zuwanderungsbeschränkungen – gar innerhalb der EU – sind keine Lösung. Zugleich brauchen Teile der Zugewanderten aktuell Unterstützung hinsichtlich psychischer Stabilisierung, Bildungserwerb und nachholender beruflicher Qualifikation. Die Kommunen, die derartige Angebote schaffen müssen, bedürfen anerkanntermaßen der Unterstützung des Bundes.

Literatur

BAMF, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.)(2015): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2013). Nürnberg.

BBSR (Hrsg.) / Cârsteian, Anca (wiss. Redaktion), 2013: Migration und Stadt (= Informationen zur Raumentwicklung, 5.2013). Stuttgart.

BBSR (Hrsg.) / Skowski, Juliane (wiss. Redaktion), 2014: Zuwanderung, Armut, Verantwortung (= Informationen zur Raumentwicklung, 6.2014). Stuttgart.

BBSR (Hrsg.) / Sturm, Gabriele (wiss. Redaktion), 2013: StadtZoom – Analysen kleinräumig vergleichender Stadtbeobachtung. (= Informationen zur Raumentwicklung, 6.2013). Stuttgart.